

SONNTAG, 13. Dezember 2009

18.921 Artikel Online

NGOs fordern Gentechnikverbot-Gesetz

Gentechnik durch die Hintertür noch vollkommen unerforscht

Bei rund 50 österreichischen Umwelt- und Bürgerinitiativen läuten die Alarmglocken, was beim Pressegespräch der Gentechnikgegner am 10. Dezember im Wiener Cafe Goldengel deutlich zum Ausdruck kam. - Durch die Neubesetzung der EU-Kommission könnten industriefreundliche Kommissare für das Thema Gentechnik verantwortlich sein.

Allem voran forderten die „Initiative Gentechnikverbot“, die Plattform „Pro Leben“ und die BIONIERE Österreichs, die im Februar eine Großdemonstration am Ballhausplatz organisiert haben, jetzt ein generelles Gentechnikverbot. Die Mitgliedorganisationen der „Initiative Zivilgesellschaft“ und das Aktionskomitee für natürliches Wirtschaften schlossen sich dieser Forderung vollinhaltlich an.

Verstärkt wird die Dringlichkeit dieses Verbots noch durch die neue gentechnikfreundliche Linie der schwarz-gelben Koalition in Deutschland. So hat erst am 21.11.09 Agrarministerin Ilse Aigner der geplanten Importfreigabe der Gen-Maissorte MIR 604 zugestimmt, da es sich ja „nur“ um ein Futtermittel handle.

„Jahr für Jahr landen rund 550.000 Tonnen gentechnisch veränderte Organismen in Milch, Eiern und Fleisch von Tieren, die damit gefüttert wurden, auf unseren Tellern!“ schlägt **Elisabeth Sabler von den BIONIEREN** Alarm. „Damit muss jetzt Schluss sein!“

Was diese „Gentechnik durch die Hintertür“ im menschlichen Organismus bewirke, sei gänzlich unerforscht, warnt **Pro-Leben-Gründer Richard Leopold Tomasch**: „Mehr Rückstände aus der Giftküche der Gentechnik-Konzerne landen so aber bestimmt in unserem Essen!“

Bereits 1997 beim Gentechnik-Volksbegehren forderten mehr als 1,2 Millionen Österreicherinnen und Österreicher ein generelles Gentechnikverbot. „Das muss jetzt endlich Gesetz werden!“ urgiert **Klaus Faißner von der „Initiative Gentechnikverbot“** die Umsetzung des erfolgreichsten überparteilichen Volksbegehren aller Zeiten. „Die Praxis hat deutlich gezeigt: Gentechnik schadet den Konsumenten, den Landwirten und der Natur und nützt nur wenigen Großkonzernen.“

Um der gemeinsamen Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, erhalten alle Regierungsmitglieder des Bundes und der Länder, alle Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesrat und alle Bürgermeister in den nächsten Tagen einen entsprechenden Brief. Regierungen und

Abgeordnete werden darin aufgefordert, bis 31. März 2010 ein Gesetz für ein generelles Gentechnikverbot zu verabschieden.

Die unterzeichneten Organisationen und ihre Unterstützer behalten sich vor, zur Durchsetzung dieser Forderung alle dafür geeigneten Maßnahmen zu ergreifen: „85 % der Österreicher wollen keine Gentechnik im Essen. Österreich muss daher in diesem lebenswichtigen Bereich seine Selbstbestimmung zurückerobern – wenn notwendig, auch gegen den Willen der EU.“